



## **Entwurf eines sektoriellen Planes für Bauschuttdeponien:**

### **Sektorieller Plan ja – aber in Einklang mit dem Gesetz**

**Stellungnahme des Mouvement Ecologique zum “Plan directeur  
sectoriel « décharges pour déchets inertes”**

#### **Vorbemerkungen**

- Grundsätzlich begrüßt der Mouvement Ecologique dass endlich ein derartiger sektorieller Plan erstellt werden soll. In der Tat ist er längstens überfällig. Auch unterstützt der Mouvement Ecologique das „principe de proximité’, d.h. dass Deponien dezentral angelegt werden sollen. Es wäre begrüßenswert, wenn dieses Prinzip auch in anderen Bereichen stärker angewandt werden würde (z.B. Dezentralisierung der staatlichen Verwaltungen).
- Unverständlich ist jedoch, aus welchen Motiven heraus der Planentwurf erneut seitens des Innenministeriums genutzt wird, um überflüssige Seitenhiebe gegenüber den Gemeinden zu erteilen ... Wie bereits beim Planentwurf betreffend die Mobilfunknetze werden im ‚document technique’ zum dem vorliegenden Entwurf des ‚plan sectoriel’ erneut unnötige Unterstellungen gegenüber den Gemeindeverantwortlichen gemacht. Wir zitieren aus dem Kapitel 4.6: *„Si d’une part la nécessité au niveau national de décharges pour déchets inertes reste incontestée, leur réalisation se heurte trop souvent à l’opposition des responsables politiques sous les seuls considérations d’un opportunisme électoral local.“* Gemeindeverantwortliche werden demnach von ihrem eigenen „ministère de tutelle“ als „Opportunisten“ bezeichnet, während die nationale Ebene als „verantwortungsvoll“ gilt.

Dieser Vorwurf ist unberechtigt und wird sicher nicht dazu beitragen, das Arbeitsverhältnis zwischen Staat und Gemeinden zu verbessern. Wenn die Gemeinden als politische Akteure weiterhin in dieser Art und Weise behandelt werden, dann sind weitere Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Planes vorprogrammiert. Was soll falsch daran sein, wenn die lokale Bevölkerung mit den Mitteln der Politik und der Gesetze kritisch Projekten entgegentritt, die riskieren die Lebensqualität vor Ort zu beeinträchtigen? Falls die vorgebrachten Kritiken unberechtigt sind, so dürfte es nicht schwer fallen aufgrund von Fakten die Einwände – wenn nötig auch vor Gericht – zu widerlegen.

Es bleiben einige grundlegende Schwachstelle des Projektes zu kommentieren.

## 1. Die Grundsatzfrage: die Funktion eines sektoriellen Planes aus rechtlicher Sicht

---

Nachdem nunmehr eine Reihe von sektoriellen Plänen vorgelegt wurden, ist es nach Ansicht des Mouvement Ecologique von eminenter Bedeutung, noch einmal der Funktion dieser Pläne bewusst zu werden, so wie sie im Gesetz festgeschrieben ist.

Es geht bei einem sektoriellen Plan nicht nur darum, bestehende Anlagen / Installationen festzuschreiben und für weitere Anlagen lediglich allgemeine Kriterien aufzulisten, so wie dies derzeit beim sektoriellen Plan für Mobilfunkantennen oder aber beim vorliegenden für Bauschuttdeponien vorgesehen ist.

Es ist nämlich nicht prioritäre Funktion eines sektoriellen Planes Leitlinien für die Entwicklung in einem Bereich festzuschreiben. Nein, gerade die detaillierte räumliche Darstellung ist oberstes Ziel des sektoriellen Planes.

Es geht darum aufgrund einer Kriterienliste festzulegen, welche genauen Installationen an welchem genauem Standort in den nächsten 5-10 oder 20 Jahren errichtet werden sollen. **Gerade diese genaue räumliche Festlegung ist doch die Funktion eines sektoriellen Planes und nicht die Beschreibung allgemeiner Rahmenbedingungen!** Beim sektoriellen Plan für Lyzeen wurde ja auch entsprechend verfahren, ebenso bei denjenigen betreffend die Überschwemmungsgebiete.

Man stelle sich vor, in Zukunft würde ein sektorieller Plan „Transport“ erstellt, in welcher nicht die geplanten Infrastrukturprojekte genau eingezeichnet sind, sondern es würden lediglich Leitlinien für den Ausbau des Schienen bzw. Strassennetzes aufgelistet? Oder aber keine Aktivitätszonen definiert, sondern nur weitere Kriterien ... Somit würde der sektorielle Plan seine Bedeutung verlieren... es sei denn, es ginge nicht darum, Tacheles zu reden sondern lediglich die Gemeinden ihrer Kompetenzen zu entheben.

Der Mouvement Ecologique besteht deshalb weiterhin – wie beim Dossier der Mobilfunkantennen - darauf, dass ein sektorieller Plan nur dann verabschiedet werden kann, wenn auch die geplanten Projekte räumlich festgelegt wurden.

## **2. Unerlässlich: Die Einbindung der Abgeordnetenkommission**

---

Die sogenannten 'Plans directeurs sectoriels' haben eine weitreichende nationalpolitische Bedeutung: über die direkt betroffenen Sektoren (hier: Bauwesen) hinaus sind ebenfalls die Landesplanung sowie andere Politikbereiche (hier: Verkehr, Naturschutz,...) direkt betroffen.

Zum Anderen wird den Plänen das Statut des 'öffentlichen Nutzen' zuerteilt, dies mit weitreichenden Konsequenzen ('droit de propriété' u.a.).

Der 'Mouvement Ecologique' erachtet deshalb die direkte Einbeziehung des Parlamentes bzw. der zuständigen Kommission als unerlässlich, damit dieser Plan die notwendige Legitimation erhält, auch wenn dies in der Prozedur des Landesplanungsgesetzes (21. Mai 1999) nicht explizit vorgesehen ist.

Entsprechend sollte jeder Entwurf eines sektoriellen Planes Gegenstand einer Diskussion zumindest in der zuständigen Kommission der Abgeordnetenkommission sein.

## **3. Kurzanalyse des sektoriellen Planes betreffend Bauschuttdeponien:**

---

### **3.1. Priorität der Abfallvermeidung – das Deponieren von Bauschutt darf gemäss Abfallgesetz erst als letztes Instrument gelten!**

Das Abfallgesetz schreibt in aller Deutlichkeit vor, dass

- einerseits regelrechte Abfallwirtschaftspläne für die verschiedenen Abfallarten erstellt werden müssen und
- andererseits eine Priorität auf der Vermeidung – und in zweiter Phase auf der Verwertung liegen sollen.

Diese Hierarchie wird erneut nicht respektiert – auch gibt es keinen Plan für die „Bewirtschaftung“ des anfallenden Bauschutts.

De facto wird somit das Pferd erneut – aufgrund eines vermeintlichen Bedarfes auf der Ebene der Deponien – von hinten aufgesattelt.

**Der Mouvement Ecologique besteht mit Nachdruck darauf, dass vorrangig:**

- **ein regelrechter Abfallwirtschaftsplan für den Bereich Bauschutt erstellt wird (erste gute Ansätze und Instrumente gibt es)**
- **und somit die Priorität auf die Abfallvermeidung gelegt wird.**

**Die Regierungsseite selbst hat in ihrem „plan national de gestion des déchets“ vom Dezember 2000 Instrumente benannt, die in einem derartigen Plan verankert werden sollten.**

Nicht tragbar ist auch die Tatsache, dass gemäss Autoren dieser Pläne nur begrenzt objektive Daten verfügbar seien, da nicht gewusst ist, wieviel Bauschutt in Luxemburg tatsächlich anfällt ... Hier müsste endlich Remedur geschaffen werden und die notwendigen Statistiken erstellt werden. Dies trifft im übrigen generell auf die Abfallsituation in Luxemburg zu, wo ein gravierender Mangel an detaillierten Statistiken besteht.

### **3.2. Kriterienliste für Standortwahl – gute, aber unzureichende Basis**

Positiv ist die Tatsache, dass endlich eine Kriterienliste erstellt wird, aufgrund welcher die Standorte für Bauschuttdeponien ausgewählt werden. Allerdings setzt sich der Mouvement Ecologique konsequent dafür ein, dass **bestimmte „Standortfaktoren“ nicht nur in eine negative Bewertung einfließen, sondern ein Ausschlusskriterium für einen Standort darstellen.**

Hierzu gehören, neben den Quellschutzgebieten (Klasse I), u.a. auch Naturschutzgebiete; Gebiete, die gemäss Habitat- und Vogelschutzdirektive als besonders wertvoll anzusehen sind sowie Standorte, bei welchen zu starker Verkehr durch angrenzende Wohngebiete geleitet wird.

Die Kriterienliste müsste entsprechend überarbeitet werden.

### **3.3. Der „plan sectoriel“-Entwurf verletzt die Bestimmungen des Landesplanungsgesetzes**

In seiner aktuellen Form ist der sektorielle Plan nicht gesetzeskonform. Hier wird in der Tat eine Vorgehensweise wiederholt, die Maitre Marc Elvinger in aller Deutlichkeit in seinem Gutachten zum sektoriellen Plan für Mobilfunk, als konträr zu geltendem Recht angeprangert hat.

Das Landesplanungsgesetz von 1999 sieht in der Tat in Artikel 7 vor, dass

*“Le programme directeur est précisé et rendu opérationnel ... par des plans directeurs **qui comportent une partie écrite et une partie graphique.**”*

Dies bedeutet ohne Wenn und Aber: **bei der Verabschiedung eines sektoriellen Planes können nur die Standorte genehmigt werden, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung auch graphisch im Plan dargestellt sind.** Im vorliegenden Entwurf ist aber in Artikel vorgesehen, dass mittels dieses sektoriellen Planes auch weitere – noch nicht bekannte – Deponien gebaut

werden können („Emplacement de décharges pour déchets inertes). Das widerspricht flagrant dem Gesetz von 1999. Dies ist umso gravierender als in Artikel 4 die Gemeinden ihrer Kompetenzen entmündigt werden – sie können lediglich noch eine Stellungnahme abgeben bzw. werden über die staatliche Vorgehensweise informiert.

Die Gemeinden verfügen über die Raumhoheit in ihrer Gemeinde – diese kann nur über dann aufgehoben werden, wenn in einem sektoriellen Plan präzise Standorte bekannt sind. Dies ist hier nicht der Fall! Insofern widerspricht der Entwurf eindeutig den Vorgaben des Gesetzes, so M. Elvinger.

Das Innenministerium sieht dies wohl anders: auch beim Plan für Mobilfunk argumentierte es, es wäre nun einmal schwierig („non réaliste“ bzw. „non pertinente“) einen graphischen Plan mit den zukünftigen Standorten zu erstellen, da man noch nicht wisse, wo Antennen implantiert werden ... Was ist dann Ziel und Zweck dieses sektoriellen Planes? Skeptische Beobachter gewinnen den Eindruck, als ob es einzig und alleine darum ginge die Gemeinden jedweder Kompetenzen und Mitsprache zu berauben, da der Entwurf vorsieht alle Standorte müssten de facto genehmigt werden.

**M. Elvinger führt in der Stellungnahme betreffend die GSM-Antennen an (und dies trifft auch vor den vorliegenden Planentwurf zu den Bauschuttdeponien zu), dass – falls die Erstellung eines derartigen graphischen Planes ein Problem darstelle, was nachvollziehbar wäre – die Antwort nicht darin liegen könne, die Vorgaben des Gesetzes von 1999 zu missachten. Vielmehr wäre dann das Instrument der sektoriellen Pläne nicht das geeignete: «Plutôt, cependant, que d'en conclure que le gouvernement est alors dispensé d'élaborer une partie graphique qui, d'après la loi de 1999, constitue un élément (à mon sens essentiel) de tout plan sectoriel, il faudrait en conclure que la loi de 1999 ne constitue pas, dans sa teneur actuelle, un instrument utile permettant l'édition d'un plan directeur sectoriel dans la matière concernée.**

*C'est parce que le projet de règlement grand-ducal ne comporte pas de partie graphique telle que prévue par la loi, qu'il comporte un article 5 qui n'a d'autre prétention que de modifier, d'un trait de plume, tous les plans d'aménagement communaux, non pas moyennant la délimitation de sites bien définis appelés à accueillir des installations d'un certain type, mais en légalisant l'implantation de telles installations sur l'ensemble du territoire national aux seules conditions définies à l'article 5 du projet de règlement grand-ducal (sans préjudice cependant à la nécessité de bénéficier, par ailleurs, de l'autorisation requise par application de la législation commodo-incommodo).*

**Je considère, pour ma part, qu'en sa teneur actuelle, ce projet de plan directeur sectoriel est illégal car non conforme aux exigences de la loi de 1999 qui lui sert de base légale en ce qu'il ne comporte pas de partie graphique telle que prévue par la loi (carence à laquelle le projet prétend palier moyennant des dispositions de la partie écrite qui, à mon avis, ne rentrent pas dans les prévisions de la loi de 1999).»**

Der Mouvement Ecologique stellt sich entsprechend kategorisch gegen die Vorgehensweise des Innenministeriums.

## **Schlussfolgerung**

Wenn diese Praxis in der Tat weiter Schule machen würde, dann könnte der Staat mittels sektorieller Pläne die gesamte Bebauung („plan sectoriel logement“), den gesamten Transportbereich („plan sectoriel transport“) u.a.m. umsetzen und den Gemeinden ihrer Kompetenzen enthebeln! Dies ist nicht legitim!

Im übrigen dürfte, die Tatsache, dass der Planentwurf, wie dargelegt, nicht gesetzeskonform ist, in eventuellen gerichtlichen Auseinandersetzungen über Standorte Klägern von vornherein Recht geben, so dass eine politische Effizienz nicht gegeben ist!

Der Mouvement Ecologique spricht sich entsprechend gegen den sektoriellen Plan in der vorliegenden Form aus und drängt in aller Form auf:

- die Erstellung eines Abfallwirtschaftsplanes für den Bereich Bauschutt
- die Erstellung eines sektoriellen Planes für Bauschutt, welcher dem Geist von 1999 entspricht - subsidiarisch die integrale Streichung von Artikel 4 des Reglementes.